

Erscheint mit Erlaubnis der britischen militärischen Behörde.

16. Jahrgang.

Köln, den 4. Januar 1919.

Nummer 1.

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Köln, Denioerwall 9. Fernsprech-Auf Nr. A 2668. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47. Mäckerstr. 67.

Zum Jahreswechsel.

Der Weltbrand ist erloschen, erloschen nach fast viereinhalb-jährigem Brand. Was haben wir Deutsche, was haben die Völker Europas und darüber hinaus in dieser bangen furchtbaren Zeit gelitten? Wir sagen nicht zu viel wenn wir behaupten, daß die kühnste Phantasie nicht im Stande ist, all die Leiden zu schildern, welche durch den unseligen Krieg über die Menschheit kam. Ungezählt sind die Todesopfer, die der Krieg mittelbar und unmittelbar forderte, unabsehbar sind die Scharen jener, die an ihrer Gesundheit Schaden litten. Wie viel an Arbeitskraft verloren ging, läßt sich kaum ermessen, ebensowenig was an sittlichen und moralischen Werten zu Grunde ging.

Doch nun ruhen die Waffen, der Friede winkt. Die Tapferen, die mehr als vier Jahre einer Welt von Feinden trotzen, sie kehren heim, Weihnachten, den Jahreswechsel mit uns, mit ihren Lieben zu feiern.

Aber es sind nicht frohe Feste, die sie mit uns feiern. Trüb sind die Aussichten für unser geliebtes Vaterland, für welches sie gekämpft und mit uns gelitten haben. Hart sind die Bedingungen des Feindes, die uns im Waffenstillstand auferlegt sind und was uns der entgültige Frieden bringen wird, wissen wir noch nicht; aber eins wissen wir, daß wir ein starkes Volk brauchen, um tragen und überwinden zu können, was über uns gekommen ist.

Wenn auch der Schlachtenlärm verstummt ist, für unser Vaterland gibt's noch keinen Frieden. Der Kampf um die Herrschaft ist entbrannt. Niedergerissen ist was Jahrhunderte bestand. Die Revolution sollte, so sagte man uns, den Frieden und die Befreiung bringen; ein einiges, freies deutsches Volk sollte durch sie geschaffen werden. Allein statt einig ist das deutsche Volk mehr denn je gespalten; jede Stadt ist eine kleine Republik für sich und die einzelnen Staaten kümmern sich kaum einer um den andern. Frei ist nur eine Minderheit, die den Terror auf ihre Fahne geschrieben hat. Aufbruch und Anarchie herrscht allenthalben. Erbärmliche Elemente sind bemüht, den deutschen Arbeiter dem Bolschewismus in die Arme zu treiben. Ob darüber der deutsche Arbeiter zu Grunde geht, was kümmert sie es. Das deutsche Volk war daran, den preussischen Absolutismus abzustreifen, nicht ohne Erfolg. Aber sie wollten mehr, forderten ins Unendliche, obwohl das deutsche Volk an den politischen Freiheiten, die ihm die Reichslandtagschaft des Prinzen Max von Baden gab auf Jahrzehnte hinaus zum Bearbeiten gehabt hätte. Wir haben den Anfang gesehen, das Ende liegt verborgen.

Die Weltgeschichte lehrt uns, daß die Völker den Mauth den Mauth durch Generationen büßen und daß die Unschuldigen mit den Schuldigen leben müssen. Hüten wir uns, die Augen vor der Zukunft zu verschließen. Zwei Fragen sind es, auf die unser ganzes Sinnen und Denken gerichtet sein muß: Wie nützen wir unserem Vaterland? Wie bringen wir unser Wirtschaftsleben wieder hoch?

Dem Vaterlande zu nützen ist mehr von nöten als dies oder jenes Pflichter, welches von diesem oder jenem Wirtschaftler oder Sozialpolitiker empfohlen wird. Die mögen gut sein, aber das Vaterland aus seiner Niedergelassenheit, aus seiner Armut emporzuheben dazu gehört mehr. Was not tut ist vor allem die Erneuerung des deutschen Geistes im lebendigen Christentum. Wer vermag daran zu zweifeln, daß der Niedergang des deutschen Geistes die Zertrümmerung Deutschlands im Gefolge hatte? Es fehlte eben bei einem großen Teile der rechte, tiefe Glaube, wie ihn nur das echte lebendige Christentum zu geben vermag an unser Volk, an die Kräfte, die in ihm wirken. Nicht Neuhäretiker sind es, die dem Deutschen Leben und Inhalt geben; es kommt auf das innere Wirken an, auf ein Bewußtsein auf echte und rechte deutsche Volkswürde.

Fragen wir wer im Weltkriege Schiffbruch gelitten hat, so lautet die unbestreitbare Antwort: Nicht das Christentum hat Schiffbruch gelitten, sondern die materialistische Weltanschauung, jene Anschauung, die im Mammon das einzig erstrebare sieht und keine ewigen Güter über sich anerkennt. Diese mammonistische Auffassung zehrte wie ein schleichendes Gift an dem Mark des deutschen Volkes und war die Ursache der Zermürbung desselben. Aus ihr folgten die Unterdrückung der Arbeiterschaft und der Kampf gegen die Gleichberechtigung.

Sozialismus soll Arbeit sein. So sagen und schreiben seine Vertreter. Gut. Aber warum, so fragen wir, wird in den sozialdemokratischen Ländern die Arbeit aus Gründen verweigert, die ihrem Wesen nach mit der Arbeit nichts zu tun haben? Warum proklamieren Sozialdemokraten gerade in der Zeit schwerster Not den Generalstreik? Weil „Sozialismus Arbeit“ ist? Nein, Christentum ist Arbeit!

Das lehrt uns einer der ersten Wahlsprüche des Christentums: „Bete und Arbeite“. Dieser Spruch hat Christus selbst durch dreißigjährige Arbeit wahr gemacht, und dadurch die Arbeit gewandelt, sie zum Lebenszweck des einzelnen gemacht. Die Gedanken des Christentums reizen nicht zur Zerstörung, zur Sabotage und zur Unterdrückung Andersdenkender. Hätten die Gedanken des Christentums lebendiger in der Menschheit Wurzel gefaßt, es wäre nicht zu Klassenherrschaften und Unterdrückung einzelner Teile der Gesellschaft gekommen.

Christentum ist sozialer Gedanke. In einer Zeit, wo die Welt kaum ein soziales Gefühl kannte und die Sklaverei ihre schlimmsten Orgien feierte, da trat das Christentum auf den Plan und verkündete die Menschenrechte, die jeder gleich besitzt und verkündete auch die Hilfe für die unterdrückten Armen und Bedrängten, Wittwen und Waisen, die der Mammonismus des Altertums einfach ins Elend hinausstieß und sie genau so wenig achtete wie es der Mammonismus unserer Tage mit den unteren Ständen machte. In der Gleichheit der Menschen, die das Christentum verkündete, ist der höchste soziale Gedanke verkörpert. Das heißt nicht, daß es keine Standesverschiedenheiten

mehr gebe; die gibt es und wird es geben, aber diese Verschiedenheiten sollen keine Bevorzugung einer Klasse sein. Die großen Gedanken über die soziale Frage, welche die alte christlich-soziale Schule, welche wahrhaft große christliche Männer wie Ketteler, Vogelsang usw. verkündeten, müßten auch in unserer Zeit, die so krank ist, wieder mehr Boden finden.

Christentum ist Solidarismus. Das Streben des Christentums ging stets darauf hinaus, alle Glieder der Menschheit zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden. Es will keinen Klassenkampf, weder von rechts noch von links. Gemeinsames Schaffen aller Stände, gerechte Verteilung der Erträge, das will das Christentum. Was will dagegen der Sozialismus?

Krafter Egoismus, Selbstsucht bis zum Äußersten will der Sozialismus für die Klasse und tritt damit in die Fußstapfen des Liberalismus, der der Fürsprecher für das Ausleben der Einzelperson war. Bei der einseitigen Jagd nach irdischen Vorteilen, dem Fehlen eines höheren Ideals muß die Rücksicht auf das Gesamtwohl, auf das Wohlergehen des Rebenmenschen schwinden und der Existenzkampf die wildesten Blüten treiben.

Daher sehen wir auch jetzt die wildesten Streiks an vielen Orten, die unser Elend noch vergrößern.

Daher sehen wir, daß radikal sozialdemokratische Elemente direkt verbrecherisch wüten.

Diese drei elementaren Punkte, Arbeit, sozialer Gedanke, Solidarismus sind im Christentum niedergelegt. Diese drei Gedanken müssen aber verwirklicht werden, wenn unser Deutschland wieder zu Kräften kommen soll und das liegt im allergrößten Interesse der Arbeiterschaft selbst.

Auf dem Boden des Christentums haben wir christliche Gewerkschaftler uns organisiert. Große Arbeit ist da noch zu leisten, denn noch stehen tausende Kollegen und Kolleginnen abseits, die gewonnen werden müssen. Vor allen Dingen müssen die zurückgekehrten Kollegen wieder dem Verbandszugeführt werden. Das ist eine wichtige Aufgabe, die nicht veräußert werden darf. Aber nicht allein dort muß gearbeitet werden, jeder muß in dieser Zeit sich mit Feuereifer wappnen für die christliche Gewerkschaftsidee und für unseren christlichen Schneiderverband. Keiner darf lau abseits stehen. Indem wir an der Stärkung unseres Verbandes mitarbeiten, helfen wir zugleich auch mit am Neuaufbau unseres Vaterlandes.

Die Durchdringung Deutschlands mit echtem Christentum, wachem Gemeinschaftsgeist und deutschem Sinn, ist das beste, was wir uns und dem deutschen Volke zum Jahreswechsel wünschen können.

Welche Löhne gelten heute im Bekleidungsgerwerbe?

Tausende von Berufskollegen kehren mit Beendigung des Krieges in die Heimat und in das Berufsleben zurück. Vielen von ihnen fehlte es an Gelegenheit sich darüber zu orientieren, wie sich während ihrer Abwesenheit die Lohnverhältnisse im Bekleidungsgerwerbe gestaltet haben. Auch heute dürfte darüber noch so mancher Kollege im Unklaren sein. Wir bringen daher im Nachstehenden die zur Zeit geltenden Lohnsätze, wie sie sowohl für die Maßbranche wie in der Konfektionsbranche zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbart wurden.

Zu erwähnen ist zunächst, daß während des Krieges, die bei Ausbruch des Krieges in beiden Branchen bestehenden Lohnsätze eine Minderung nicht erfahren haben. Die in diesen Tarifen festgesetzten Lohnsätze haben auch heute noch ihre Gültigkeit. Die Lohnzulagen, die während des Krieges gewährt wurden, sind jeweils auf die Tariflöhne — Grundlöhne und Extraarbeiten — aufgerechnet worden und betragen z. Bt.:

- a) für alle St. d. d. Stundenlohnarbeiter auf die verdiente Lohnsumme ein Zuschlag von 90 Prozent.
- b) dazu kommt ein weiterer Zuschlag von 25 Prozent als Ausgleich für die am 28. Dezember 1918 eingetretene Verkürzung

der Arbeitswoche von 54 auf 48 Stunden, so daß der Gesamtzuschlag 115 Prozent beträgt.

b) Auf Tag- oder Wochenlohn beschäftigte Schneider und Schneiderinnen dürfen durch die verkürzte Arbeitszeit in ihrem Verdienst nicht geschmälert werden, d. h. sie müssen für die 48-stündige Arbeitswoche den gleichen Tariflohn erhalten, den sie vorher für die 54- oder mehrstündige Arbeitswoche erhielten. Auf diesen Lohn haben sie einen Zuschlag von 90 Prozent zu erhalten.

Außer diesen Zuschlägen haben die Arbeitgeber die Nähzutaten gratis zu liefern. In Fällen, wo der Arbeitgeber nicht in der Lage ist, die Nähzutaten zu liefern, kann sich der Arbeiter mit Zustimmung des Arbeitgebers dieselben selbst beschaffen und sich den verausgabten Betrag vom Arbeitgeber erziehen lassen.

B. In der Konfektionsbranche, erhalten alle Arbeiter und Arbeiterinnen einen Zuschlag von 100 Prozent auf die Tariflöhne.

Die Vierzehnung der Nähzutaten konnte in der Konfektion noch nicht erreicht werden. Jedoch hat der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Anabenkleiderfabrikanten Deutschlands bei den letzten Verhandlungen, die am 7. Oktober in Berlin stattfanden grundsätzlich erklärt, daß er, sobald es die Verhältnisse gestatten, die Nähzutatenfrage in dem von den Gehilfenverbänden gewünschten Sinne zur Durchführung bringen werde. Bis dahin sollen den Arbeitern und Arbeiterinnen die Nähzutaten, soweit sie von den Geschäften beschafft werden können, das Garn zu dem von der Reichsbekleidungsstelle festgesetzten Preise geliefert werden. Für die Abgabe von Seide wurden folgende Preise vereinbart: Für Schappsidee — gleichviel ob Näh- oder Knopflochseide — 13 Pfg. für ein Gramm, für echte Seide (nur für Knopflöcher) 20 Pfg. Höhere Preise ist der Arbeitgeber nicht berechtigt zu fordern. Beschafft der Arbeiter mit Einverständnis des Arbeitgebers Nähzutaten zu höheren Preisen, so hat der Arbeitgeber die Differenz zu tragen.

Es liegt nun an den Kollegen, auf Grund der getroffenen Vereinbarungen überall den ihnen zustehenden Lohn zu fordern.

Reichsbekleidung.

Vom 25. Dezember an sind für die Reichsbekleidung neue Lohnsätze in Kraft getreten und zwar für:

Sacco	M. 9,35
Joppe	6,50
Hose	3,85
Weste	3,50

Die Kriegswirtschafts-A. G. in Berlin hat wie wir der Fachzeitung für Schneider entnehmen für die von ihr an den Verband Deutscher Kleiderfabrikanten in Abendt in Auftrag gegebenen Arbeiterbekleidung folgende Nählöhne ohne Knopflöcher und Knopfnähen festgesetzt:

Stoffhose, Form 4	100 Pfg. und 10 Proz. = 110 Pfg.
Einheitsanzug, Form 6	Hose 110 " " 10 " = 121 "
	Joppe 210 " " 10 " = 231 "
Kaufjoppe, Form 8	65 " " 10 " = 72 "
Stoffjoppe, Form 9	120 " " 10 " = 132 "
Kaufjoppe, Form 12	65 " " 10 " = 72 "
Kinderanzug, Form 30	Hose 50 " " 10 " = 55 "
	Joppe 50 " " 10 " = 55 "
Kinderanzug, Form 31	Hose 55 " " 10 " = 61 "
	Joppe 75 " " 10 " = 83 "
Anabenanzug, Form 32	Hose 55 " " 10 " = 61 "
	Joppe 55 " " 10 " = 61 "
Anabenanzug, Form 33	Hose 90 " " 10 " = 99 "
	Joppe 110 " " 10 " = 121 "
Burschenanzug, Form 34	Hose 60 " " 10 " = 66 "
	Joppe 60 " " 10 " = 66 "

Durch Arbeit Angang und darf n Die drei Handl in un Demof hände Forder bis 1. Deritn rung behalt Bedeu Seima Grün händel ter, in nehme Rad belam Erläsr Der im Di der S bere heitlid als u da B nebe aus in Arbeit ihnen dürften wenn nehme schädig Verpf gebun gliche Der daß e Lu n g Willen werde die E arbeit rechtl Verfo Zustän ung von A beichs beschä Grün arbeit so ist arbeit selbst Mit Lung 1 Jahre angen bunge Tages Schne Mitgl Pfla rufsla Teil ja all den 3

XX 1094

Durschnangug, Form 35	} Hufe	95 Pfg. und 10 Proz. = 105 Pfg.
		} Toppe
Arbeitsangug, Form 41	} Hufe	50 " " 10 " = 55 "
		} Jade
Angug aus Papierstoff und Mischgewebe	} Hufe	68 " " 10 " = 70 "
		} Jade

Nähgarn ist zu berechnen pro 1000 Meter zu 1,06 Mt. Es darf nur Obergarn gebraucht werden.

Wird die Heimarbeit abgeschafft?

Die vielumstrittene Frage der Heimarbeit ist in der Schneiderei erneut in den Vordergrund getreten. Bei den letzten Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen der Organisationen in unserem Berufe hat der Deutsche Schneiderverband (sozialdemokratischer Richtung) ohne vorher die anderen Gehilfenverbände darüber zu benachrichtigen, dem Arbeitgeberverband die Forderung zur Abschaffung der Heimarbeit in der Maßschneiderei bis 1. 6. 19 unterbreitet. Der christliche Schneider- und Schneiderinnenverband und Gewerfverein S.-D. gaben zu dieser Forderung die Erklärung ab, daß die Frage: Abschaffung oder Beibehaltung der Heimarbeit für sie keine Frage von prinzipieller Bedeutung sei; sie ließen sich bei der Stellungnahme zu der Heimarbeit Abschaffung von rein wirtschaftlichen und praktischen Gründen leiten. Vor allem wurde von den letztgenannten Verbänden Bedenken erhoben, ob die heutige Zeit richtig gewählt sei, in der Arbeitsform eine grundsätzliche Aenderung vorzunehmen.

Nachdem die einzelnen Gehilfenverbände ihre Stellungnahme bekannt gegeben hatten, gab der Arbeitgeberverband folgende Erklärung ab:

Der Abav geht mit den Gehilfenverbänden darin einig, daß im Hinblick auf den Achtstundentag eine allmähliche Beschränkung der Heimarbeit und zwar sowohl in der Maßschneiderei wie in der Konfektionsindustrie nach einheitlichen Grundsätzen angebracht ist. Er betrachtet es zunächst als unerläßliche Vorbedingung der gedachten Einschränkung, daß die Heimarbeiter selbst bei den Arbeitgebern dahin wirken, daß sie aus der Heimarbeit heraus in die Werkstätten berufen werden, und daß andererseits die Arbeitgeber bis 1. Januar 1920 entsprechend der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter Werkstätten errichten. Heimarbeiter dürfen vom 1. Januar 1919 an nur noch dann eingestellt werden, wenn die vorhandenen Werkstätten besetzt sind, oder Kriegsteilnehmer in Betracht kommen, welche durch die Art ihrer Beschädigung gezwungen sind, zu Hause zu arbeiten; an diese Verpflichtung hält sich der Abav vom 1. Juli 1919 an nur dann gebunden, wenn die Gehilfenverbände auch bei den Nichtmitgliedern des Abav gleiche Vereinbarungen treffen.

Der Arbeitgeberverband gibt in dieser Erklärung zu erkennen, daß er bei der Abschaffung der Heimarbeit auf die Mitwirkung der Heimarbeiter selbst rechnet, und diese dem Willen Ausdruck geben sollen auf Werkstätten beschäftigt zu werden. Bekanntlich ist die Abschaffung oder auch zum Teil die Einschränkung der Heimarbeit gescheitert, weil die Heimarbeiter es selbst nicht wollten und dafür auch teilweise berechtigte Gründe anführten. Als Gründe seien nur genannt: Persönliche Verhältnisse und Freiheiten, sowie gesundheitliche Zustände der Heimarbeiter, Verdienstmöglichkeiten und Erhöhung des Verdienstes durch Nebenbeschäftigung und Mitarbeit von Familienangehörigen, Uebergang zur Selbstständigkeit, Nebenbeschäftigung zur Landwirtschaft oder Landwirtschaft als Nebenbeschäftigung zur Heimarbeit u. dergl. m. Mögen manche Gründe, welche die Heimarbeiter für Beibehaltung der Heimarbeit anführen nicht stichhaltig sein, oder beseitigt werden können, so ist doch zu beachten, daß eine radikale Beseitigung der Heimarbeit in der Maß- und Konfektionschneiderei für viele Arbeiter selbst und auch ganze Gegenden Deutschlands große Nachteile hat.

Mit der Heimarbeitfrage hat sich auch die Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen im Jahre 1918 in eingehender Weise beschäftigt und eine Resolution angenommen, die u. a. folgendes besagt: „Die Reformbestrebungen in der Heimarbeit gehören mit zu den brennendsten sozialen Tagesfragen der Gegenwart. Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands, dessen Mitglieder über die Hälfte Heimarbeiter sind, hält es für seine Pflicht, zur Heimarbeitfrage Stellung zu nehmen. Die Berufslage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen ist zum großen Teil auch heute noch eine der schlechtesten aller gewerblichen, ja aller Arbeiter überhaupt. Dieses ist genügend bekannt aus den Heimarbeit-Ausstellungen und sonstigen Erhebungen. Bis

vor kurzem entbehrten die Heimarbeiter jeglichen gesetzlichen Schutzes und heute noch sind die Heimarbeiter und -arbeiterinnen gesetzlich weniger geschützt als die Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen. Die Generalversammlung kann ein generelles Verbot der Heimarbeit nicht befürworten. Sie würde vielmehr in einem Verbot der Heimarbeit eine schwere Schädigung bestimmter Gruppen der Bevölkerung und Gegenden des Deutschen Vaterlandes erblicken. In Fällen aber, wo die Heimarbeit schwere Schädigung für Leben und Gesundheit der Arbeiter und Konsumenten in sich birgt, und diese Schäden nicht durch Gesetzgebung beseitigt werden können, fordern wir ein Verbot der Heimarbeit. Allerdings legen wir auch Wert darauf, die Betriebsarbeit zu fördern, und dort, wo gute Werkstätten vorhanden sind und kein dringendes Bedürfnis für Heimarbeit vorliegt, die Einführung bzw. Ausdehnung der Heimarbeit nach Möglichkeit zu verhindern.“

Durch die Zustimmung zur Erklärung des Arbeitgeberverbandes hat der Deutsche Schneiderverband seine Radikalforderung auf möglichst schnelle Beseitigung der Heimarbeit in etwa fallen lassen; eine Einschränkung der Heimarbeit in der Maßbranche wird in Zukunft wohl erfolgen, weil auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite der Wille dazu vorhanden ist. Auch in der Kleider- und Wäschekonfektion stehen namhafte Unternehmer den Betriebswerkstätten wohlwollend gegenüber. Alles dieses bedeutet jedoch noch lange nicht die Abschaffung der Heimarbeit, was ohnehin im Augenblick vollständig unmöglich ist. Schon allein wegen der Wohnungs- und Verkehrsnot geht dies von heute auf morgen nicht, von anderen Schwierigkeiten wollen wir hier garnicht reden.

Die zunächst Beteiligten, und das sind die Arbeiter werden sich mit der Heimarbeitfrage beschäftigen müssen. Die Aeußerungen der Arbeiter werden ein wertvolles Material für die weiteren Verhandlungen bieten. Man wird gut tun, bei den Erörterungen des Für und Wider genau abzuwägen, und es darf nicht verkannt werden, daß geregelte und gut entlohnte Werkstattarbeit der Heimarbeit vorzuziehen ist, daß aber auch gewichtige Gründe gegen eine vollständige Beseitigung der Heimarbeit sprechen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Der 1. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 5. Januar bis 11. Januar.

Der 2. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 12. Januar bis 18. Januar.

Der 3. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 19. Januar bis 25. Januar.

Der 4. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 26. Januar bis 1. Februar.

Bekanntmachung.

Der Antrag des Zentralvorstandes betr. Beitragserhöhung, welchen dieser den Zahlstellen zur Abstimmung unterbreitete, wurde fast einstimmig angenommen. Es war vorgesehen, die Beitragsänderung mit dem 1. Januar vorzunehmen und gleichzeitig einen Marktenwechsel einzutreten zu lassen. In Folge Verzögerung in der Markenherstellung kann dieser Termin nicht eingehalten werden, sondern wird bis zum 1. Februar hinausgeschoben. Von da ab betragen die Beiträge:

in der 1. Klasse	25 Pfg.	
" " 2. "	35 " "	
" " 3. "	55 " "	u. 5 Pfg. Zuschlagsbeitrag.
" " 4. "	65 " "	u. 5 Pfg. Zuschlagsbeitrag.

Rückständige Beiträge können bis 31. Januar noch nachbezahlt werden, nach dem 31. Januar müssen für etwa noch rückständige Beiträge die erhöhten Sätze gezahlt werden. Alles weitere bezüglich des Ueberganges ist den Zahlstellen bereits durch Rundschreiben vom 28. Dezember 1918 mitgeteilt.

Die Zahlstelle Erefeld erhält die Genehmigung den Lokalbeitrag vom 1. Januar ab von 5 auf 10 Pfg. die Woche zu erhöhen.

Der Zentralvorstand.
J. A. A. Schwarzmann.

Zur Beachtung!

In Folge der Besetzung Köln und der starken Einschränkung des Verkehrs ist die Verbindung mit den rechtsrheinischen Zahlstellen erschwert, worauf die Zahlstellen Rücksicht nehmen wollen, wenn Anfragen und Bestellungen nicht umgehend erledigt werden. Material bestelle man frühzeitig und nicht erst, wenn es schon gebraucht wird.

Aus den Zahlstellen.

Köln a. Rh. Mit Beendigung des Krieges ist auch in unsere Zahlstelle neues Leben eingelebt. Unsere früheren, in Köln ansässigen Mitglieder sind restlos unserer Bewegung treu geblieben. 102 Kollegen haben sich bisher vom Heeresdienst zurückgemeldet. Ein ganz erfreuliches Zeichen, wenn man in Betracht zieht, welchen Einflüssen die Kollegen draußen ausgesetzt waren. Mögen die Mitglieder, die während der langen Zeit des Krieges unsere Zahlstelle führten, die befundete Treue der Heimgekehrten als Dank hinnehmen für all die Arbeiten und Mühen, die sie während der Zeit im Interesse der Berufsangehörigen auf sich nahmen.

Ein Teil unserer früheren Mitglieder, größtenteils jüngere Kollegen und Mitglieder des Gesellenvereins — es kommen circa 110 Kollegen in Betracht — ist bisher nicht nach Köln zurückgekehrt. Wir hoffen, daß, wenn wieder klare Verhältnisse im Reich eingelebt sein werden, die Mehrzahl derselben sich wieder bei uns einfänden wird. Auch ihnen wollen wir alsdann wieder wie ehemals durch die Organisation Schutz und Halt bieten im Wirtschaftsleben. In der Zwischenzeit werden sie sicherlich den Gedanken der Organisation in ihrem jetzigen Wirkungskreise nach besten Kräften zu fördern bestrebt sein.

Bei dieser Gelegenheit soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß nunmehr auch die Arbeiterinnen in größerer Zahl den Weg zur Organisation finden. Annähernd 200 Arbeiterinnen wurden in den letzten 2 Monaten als Mitglieder gewonnen. Eine Anzahl sehr rühriger Vertrauenspersonen ist unter den Arbeiterinnen tätig, die uns die Hoffnung geben, daß das begonnene Werk auch von Bestand sein wird. Wir werden unsererseits alles tun, um durch gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterinnen denselben auch die Mittel zu geben, mit Hilfe der Organisation ihre Berufsinteressen vertreten zu können. Zu diesem Zwecke soll ein gewerkschaftlicher Unterrichtskursus spez. für Arbeiterinnen amvantiert werden. Wir hoffen, daß unsere weiblichen Mitglieder sich recht rege daran beteiligen werden.

In unserer Mitgliederversammlung vom 29. Dez. referierte Kollege Schwarzmann über die Vereinbarungen der Hauptvorstände bezügl. Einführung des Achtstundentages, Lohnzuschlag als Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit und Einschränkung der Heimarbeit. In der Diskussion kam bezügl. des letzten Punktes zum Ausdruck, daß es in Köln, wo zurzeit mehr als die Hälfte aller Arbeiter des Maßschneidergewerbes in der Heimarbeit beschäftigt seien, nicht leicht sein werde, die Beschlüsse der Hauptvorstände durchzuführen. Manchem Arbeitgeber werde es gar nicht möglich sein, in der festgesetzten Frist geeignete und ausreichende Werkstätten zu schaffen, da die Verordnungsbestimmung bestehe, daß alle zurzeit verfügbaren Räume, die sich für Wohnungen eignen oder als solche ausgebaut werden können, für Wohnungszwecke reserviert bleiben müssen. Man verkenne ferner durchaus nicht, daß die Heimarbeit keine ideale Betriebsform sei, trotzdem sei es erklärlich, wenn mancher Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen die Heimarbeit der Werkstattarbeit vorziehe. Den älteren, kränklichen oder mit körperlichen Gebrechen behafteten Kollegen sei kaum zuzumuten, daß sie die Heimarbeit mit der Werkstattarbeit vertauschen. Vorbedingung für allgemeine Benutzung der Werkstätten sei außerdem, daß jeder Arbeiter, auch der verheiratete auf der Werkstätte zu jeder Zeit des Jahres mindestens soviel verdiene, wie er für sich und die Seinen zum Lebensunterhalt brauche. Es sei nicht zu leugnen, daß der Heimarbeiter besser über die sogenannte stille Zeit hinwegkomme, als der Werkstattarbeiter. Der Wab werde deshalb wohl nicht daran vorbeikommen, mit der allgemeinen Einführung der Werkstattarbeit auch einen Mindestlohn zu garantieren. Die Gründe, die er heute gegen einen Garantielohn ins Feld führt, würden mit der Zeit in Fortfall kommen. Sodann wurde noch angeführt, daß die fanatischen, oftmals etelbarte Formen annehmende Agitation manches sozialdemokratisch organisierten Kollegen für seine Gewerkschaft manchem christlich denkenden Kollegen die Arbeit auf der Werkstätte verleihe habe.

Zur Beitragsfrage wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Februar 1919 die Beiträge einschließlich Lokal- und Bezirkzuschlag wie folgt festzusetzen: 1. Klasse 30 Pfg., 2. Klasse 40 Pfg., 3. Klasse 70 Pfg., 4. Klasse 80 Pfg.

Der Vorsitzende wählte sodann noch einen warmen Appell an die sehr zahlreich besuchte Versammlung, treu wie bisher auch in der kommenden schwierigen Zeit zusammenzustehen, alle Kräfte anzuspannen, um unsere Zahlstelle so auszubauen, daß sie den Mitgliedern festeren Schutz und Halt in allen Lebenslagen sein könne. Von der Sozialdemokratie trenne uns eine Weltanschauung. Dies möge keine Kollegin und kein Kollege in der letzten, auch politisch sehr bewegten Zeit vergessen. Jeder möge seinen Teil dazu beitragen, auf den Trümmern des Reiches ein wirklich freies, echt demokratisches Vaterland aufzubauen.

Wenn Jeder so seine Pflicht erfülle, dann brauche uns um die Zukunft des Volkes nicht zu bangen.

Breslau. Donnerstag, den 19. Dezember fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Kurfame eröffnete die Versammlung. Punkt 1 der Tagesordnung, Beitragserhöhung fand durch Kollege Häder seine Vertretung. Einweisend auf die verschiedensten Ursachen die zu dieser Maßnahme geführt haben, ferner auf die Sicherung und Stärkung des Verbandes für die Zukunft, schloß er mit dem Appell, auch künftig treu zum Verband stehend,werbend und agitierend für denselben einzutreten. Die einstimmige Annahme des Antrages zeigte das Einverständnis der Versammelten mit dem Redner. Zu Punkt 2 Rück- und Ausblick in der Politik hatte Herr Dr. Wiesener das Referat übernommen. In glänzenden Ausführungen beleuchtete der Redner die gemachten Fehler einer alten Regierung. Einweisend auf das zaghafte Zugreifen der betr. Stellen erklärte er den Mitgliedern das Zustandekommen der Millionenverdiente einzelner Werke. Wie sich durch diese Tatsache im Volk Unwille bemerkbar gemacht habe, sei dem die Regierung unläufig gegenüber gestanden. Der Mangel an Lebensmitteln habe dann ein übriges getan, um den angesammelten Explosivstoff zur Entzündung zu bringen, die dann in der Revolution ihren Niederschlag gefunden habe. Redner führte uns dann die Zusammensetzung der sich neu gebildeten Parteien vor das geistige Auge und erläuterte ihr Wollen nach ihrer bisherigen Tätigkeit. Nach einer Beleuchtung der jetzigen Regierungspartei und ihrer gesetzgeberischen Wünsche, forderte er am Schluß die Anwesenden auf, getreu den christlichen Zielen unserer Gewerkschaftsbewegung mitzuwirken an einem im christlich-demokratischen Sinne aufzubauendem Deutschland. Reicher Beifall lohnte den Redner sowie die in seinem Sinne sprechenden Diskussionsreden. Fel. Leuchner erhielt dann das Wort, um über die Gewerkschaftsfürsorge zu berichten. An Hand der Statuten machte sie den Mitgliedern klar, wie sie sich in einzelnen Fällen zu verhalten haben, um den Genuß dieser Fürsorge zu erlangen. Sie erläuterte die Berechnung wie auch die in Betracht kommenden Einzelfragen und bat die Mitglieder, sich in allen Fällen, wo etwas zweifelhaft, sich Rat auf dem Büro zu holen. Mit der Mahnung, in der kommenden Zeit treu zum Verbande zu stehen, schloß der Vorsitzende Kurfame die Versammlung.

Kundschau.

Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse wurden ausgezeichnet die Kollegen Karl Amierim, Kurt Sicking und Hermann Rahmann. Sämtlich Mitglieder der Zahlstelle Wilhelmshaven. Unteren Glückwunsch!

Die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge wird, wie die „Sozial-Praxis“ mitteilt, gegenwärtig im Reichsarbeitsamt beraten. Auf eine Anfrage aus gewerblichen Kreisen hat der Unterstaatssekretär in diesem Amte, Kollege Giesberts, folgende Antwort erteilt: „Im Reichsarbeitsamt wird eine Verordnung ausgearbeitet, die die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge, das Entgeltwesen über Arbeitsvertragsstellen sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Vorarbeiten für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, so daß die Veröffentlichung in nächster Zeit zu erwarten steht. Es empfiehlt sich, bis dahin Umbildungen und Neuwahlen von Arbeiterausschüssen zu unterlassen, auch wenn solche von Arbeiter- und Soldatenräten, die nicht im Auftrag der Reichsregierung handeln, angeordnet werden.“



Im Dienst fürs Vaterland starb der Kollege

Josef Gschlecht

Mitglied der Zahlstelle Freiburg

am 8. Novbr. an Lungenentzündung in einem Lazareth in Feindesland.

Ehre seinem Andenken!

Bisher wurden uns durch den Krieg 157 treue Verbandsmitglieder entrissen.